

## Protokoll

Gremium: Straßenbauausschuss

---

Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 24.02.2021
Beginn:	16:00 Uhr
Ende	17:28 Uhr
Sitzungsort:	Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

### Anwesend:

#### Vorsitzende/r

Frau Susanne Lamers

#### Mitglieder

Herr Knut Bekaam

Frau Heidi Exner

Herr Axel Hohnholz

Herr Heino Hots

Herr Jan Hullmann

Herr Bernd Janßen

Teilnahme digital

Herr Gerold Kahle

Herr Rüdiger Kramer

Herr Hermann Nee

Herr Frank Oeltjen

Vertretung für KA Imkeit

Herr Eckhard Roese

Herr Harald Schmidt

Frau Birgit Stadlik

Vertretung für KA Herrn Stadlik

#### Gäste

Herr Christoph Alterbaum, Straßenmeisterei

Teilnahme digital

Herr Johann de Buhr, Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Frau Lisa Kaiser, Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Herr Klaus Schmidt, Straßenmeisterei Westerstede

#### von der Verwaltung

Herr Landrat Jörg Bensberg

Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann

Herr Carsten Hollmann

Herr Hendrik Lehnert, Kreisamtsrat

Frau Kreisverwaltungsrätin Ingrid Meiners

#### Protokollführerin

Frau Annemarie Schröder

### Abwesend:

#### Mitglieder

Frau Manuela Imkeit

Herr Andreas Stadlik

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Straßenbauausschusses am 23.09.2020
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Bericht über den Stand der Baumaßnahmen  
Vorlage: MV/005/2021
- 7 Verschleißdecken- und Moorstreckenerneuerungsprogramm 2021  
Vorlage: BV/011/2021
- 8 Anlegung von Blühstreifen an klassifizierten Straßen  
Vorlage: BV/012/2021
- 9 Grunderneuerung der K 114 von Tarborg nach Halsbek; Vorbereitende Arbeiten  
Vorlage: BV/013/2021
- 10 Mitteilungen des Landrates
- 11 Anfragen und Hinweise
- 12 Einwohnerfragestunde
- 13 Schließung der öffentlichen Sitzung

## **Öffentlicher Teil**

### **Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzende Lamers eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Straßenbauausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung mit Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

### **Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Vors. Lamers stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Sie weist darauf hin, dass die heutige Sitzung als Hybrid-Sitzung durchgeführt wird und zwei Teilnehmer digital teilnehmen. Sie bittet die digital Teilnehmenden Wortmeldungen durch Handzeichen oder elektronisch vorzunehmen und zur Vermeidung von Störungen das Mikrofon nur bei Wortbeiträgen einzuschalten. Die Kamerafunktion könne, soweit es zur Verbesserung der Qualität erforderlich ist, abgeschaltet werden, bei eigenen Wortbeiträgen sollte die Kamera aber wieder zugeschaltet werden.

### **Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

### **Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Straßenbauausschusses am 23.09.2020**

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Vors. Lamers begrüßt Herrn de Buhr als neuen Leiter der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und bittet ihn, sich kurz vorzustellen.

Herr de Buhr stellt sich als neuer Leiter der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Oldenburg vor und erläutert kurz seinen beruflichen Werdegang.

### **Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

### **Zu TOP 6 Bericht über den Stand der Baumaßnahmen Vorlage: MV/005/2021**

KVR Meiners berichtet über den Stand der Baumaßnahmen und weist darauf hin, dass aufgrund der Absage der Straßenbereisung eine digitale Straßenbereisung stattgefunden habe und in den Bericht über den Stand der Baumaßnahmen aufgenommen worden sei. Die Bereisung sei durch Herrn Schmidt von der Straßenmeisterei Westerstede und Herrn Lehnert und Herrn Hollmann vom Straßenverkehrsamt

durchgeführt worden, dabei seien Videos und Fotos aufgenommen worden. Anhand einer Power-Point-Präsentation werde digital über den Zustand der Straßen und Radwege sowie der Baumaßnahmen an Kreisstraßen vorgetragen. Die Bereisung zeige die Maßnahmen die im Jahr 2020 abgeschlossen worden seien, sowie im Jahr 2021 anstehende Maßnahmen (siehe Anlage 1).

KVR Meiners berichtet über die Grunderneuerung an der K 321 von Edewecht nach Husbäke, eine Maßnahme aus 2019, die aus verschiedenen Gründen anders als geplant erst im Mai 2020 fertiggestellt werden konnte. Der Kreisverkehrsplatz in Neusüdende sei baulich fertiggestellt und für den Verkehr freigegeben worden. Im Frühjahr 2021 seien die Anbringung der Fahrbahnmarkierungen und die Anpflanzung der Mittelinsel abschließend noch vorgesehen.

KAR Lehnert berichtet sodann über die Grunderneuerung der K 114 von Hollriede nach Tarbag, die im Dezember 2020 abgeschlossen worden sei. Im Zuge der Grunderneuerung sei ein neuer Fahrbahnteiler hergestellt worden und die außerorts liegenden Bushaltestellen an der Strecke seien angepasst worden. In einer weiteren Maßnahme seien Abschnitte der Fahrbahn der K 120 von Apen nach Nordloh erneuert worden. Des Weiteren sei der gesamte Radweg an der K 120 erneuert worden. Die Maßnahmen seien im Juli 2020 abgeschlossen worden. In einer weiteren Maßnahme seien die K 125 und der dort vorhandene Radweg von Rostrup nach Elmendorf angepasst und erneuert worden. Des Weiteren sei der Kreuzungsbereich der K 125/K 126 in Elmendorf angepasst worden. Dadurch habe der dort festgestellte Unfallschwerpunkt entschärft werden können. Der Radweg sei im Einmündungsbereich richtlinienkonform auf 5 m an die Fahrbahn herangezogen worden.

Frau Kaiser von der NLStBV berichtet kurz über die im Dezember 2020 fertiggestellte Ortsdurchfahrt in Ofen K 348 und über die Fahrbahn- und Radwegsanierung an der K 140 in Klein Scharrel. Diese Maßnahme sei im Spätsommer fertiggestellt und im November 2020 abgenommen worden.

KVR Meiners berichtet im Weiteren über den in diesem Jahr anstehenden Bau des Kreisverkehrsplatzes in Wehnen. Der Bau sei in der Vorbereitung. Sie erinnert daran, dass die Karl-Jaspers-Klinik mit einer Abzweigung in den Kreisverkehr eingebunden und deshalb an den finanziellen Kosten beteiligt werde. Der Baubeginn sei für Mai/Juni 2021 vorgesehen und die Fertigstellung sei für Herbst 2021 geplant.

KVR Meiners geht danach auf die Grunderneuerung der Fahrbahn von Borbeck nach Neuenkrüge K 295 und auf die Fahrbahnerneuerung der K 349 von Torsholt nach Willbrok ein. Sie berichtet weiter, dass der Radweg an der K 336 von Ocholt nach Rostrup abschnittsweise erneuert werde. Die Ausschreibung sowie die Submission seien bereits erfolgt und der Beginn der Erneuerung sei für das Frühjahr 2021 geplant. Als weitere Maßnahme sei die Planung für den Ausbau des modifizierten Radweges an der K 347 vom Ortausgang Westerstede in Halstrup in Richtung Hollwege geplant. Der Bestandsradweg solle im Zuge eines modifizierten Radwegbaus entsprechend der örtlichen Verhältnisse angemessen verbreitert werden.

KAR Lehnert geht auf die Moorstreckenerneuerungen ein, die im Rahmen des Verschleißdecken- und Moorstreckenerneuerungsprogramm in den Jahren 2019 und 2020 mit jeweils 250.000,00 € pro Jahr eingeplant worden seien. In 2020 sei in Ab-

schnitten die K 133 von Kleibrok nach Delfshausen erneuert worden. Für das Jahr 2021 werde ein Betrag in Höhe von 125.000,00 € für das Flickstellenprogramm zur Verfügung gestellt. Die Mittel sollen turnusgemäß im Bereich der Straßenmeisterei Westerstede genutzt werden. Geplant sei, die K 142 nördlich und/oder südlich der B 401 zu sanieren.

KAR Lehnert erinnert an das Bankettprogramm, das im Jahr 2019 als Sonderprogramm beschlossen worden sei. Dabei seien 300.000,00 € für die Erneuerung von Banketten und Seitenstreifen an Kreisstraßen zur Verfügung gestellt worden. Verschiedene Maßnahmen wie der Einbau von Geozellen, die Sanierung von Seitenstreifen und die Verstärkung von Seitengräben seien, insbesondere an der K 114 von Ihausen nach Hollriede, bereits vorgenommen worden. Aus dem weiteren Sonderprogramm mit Finanzmitteln in Höhe von 125.000,00 € berichtet KAR Lehnert über die Erneuerung von Lichtsignalanlagen. Geplant sei die Erneuerung von Lichtsignalanlagen an der K 125 in Rostrup, an der K 128 in Ohrwege, an der K 131 in Rastede und an der K 131 in Wahnbek. Unter anderem solle der Einbau von LED-Technik erfolgen.

EKR Kappelmann führt zum Sachstand der Planungsmaßnahmen aus, dass für die Nordwestumfahrung in Rastede die Planungen weiter voran gehen würden. Für das Jahr 2021 seien Vorarbeiten wie Vermessungsarbeiten, Baugrunduntersuchungen und faunistische Erfassungen und Vegetationserfassungen im möglichen Baufeld vorgesehen. EKR Kappelmann weist darauf hin, dass LR Bensberg der neuen Konzernbevollmächtigten für den Bereich Bremen/Niedersachsen der Deutschen Bahn geschrieben habe. Dabei sei nochmal auf die Erwartung hingewiesen worden, dass die Bahn sich an den Kosten für die Nordwestumfahrung beteilige.

Im Weiteren führt EKR Kappelmann aus, dass der Bau des Kreisverkehrsplatzes im Bereich der Oldenburger Straße/Raiffeisenstraße in Rastede ins Stocken geraten sei. Gegen den Planfeststellungsbeschluss seien zwei Klagen eingereicht worden, wovon eine Klage inzwischen zurückgezogen worden sei. Da die Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zur Folge habe, dass noch kein Baurecht bestehe, könne insofern die Maßnahme zurzeit nicht weiter vorangetrieben werden. Auch das zum Abriss vorgesehene Gebäude könne aus diesem Grund noch nicht beseitigt werden.

KVR Meiners geht abschließend nochmal auf den vorgesehenen sogenannten modifizierten Radwegeausbau ein. Geplant sei der Ausbau des Radweges von Rastede in Richtung Oldenburg zunächst bis Wahnbek. Der Landesbehörde sei ein Planungsauftrag erteilt worden, der bereits in der Bearbeitung sei.

Ein Radwegeneubau sei für den Radweg an der K 114 von Ihausen nach Hollriede geplant, so KVR Meiners weiter. Sie erinnert an die Beratungen in den vorangegangenen Sitzungen und die Vorstellung von drei Varianten. Beschlossen worden sei, einen Wasserzug zu verlegen und den Radweg neben der Straße zu bauen. Die Landesbehörde habe einen Planungsauftrag erhalten und das Planfeststellungsverfahren sei in Vorbereitung. Darüber hinaus werde zurzeit die landespflegerische Begleitplanung mit dem Ziel einer Fertigstellung bis zum Sommer 2021 erstellt. Es handle sich jedoch um eine ambitionierte Zeitplanung. Im Anschluss daran könne die Entwurfsplanung bei der Landesbehörde fertiggestellt werden. Danach könne der Landkreis die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens in Auftrag geben. Es werde das Ziel verfolgt, dass im Sommer 2022 ein rechtskräftiger Planfeststellungsbe-

schluss vorliege und damit fristgerecht ein Antrag auf Aufnahme in das Jahresprogramm 2023 sowie in die damit verbundene Landeförderung gestellt werden könne.

Zu den Details wird auf die Vorlage verwiesen.

Vors. Lamers dankt für den ausführlichen Vortrag und für die sehr gute Darstellung der digitalen Bereisung.

Herr de Buhr von der NLStBV führt aus, dass an der L 828, Friedrichsfehner Straße, und der K 140, Dorfstraße in Friedrichsfehn, die Errichtung einer Lichtsignalanlage gewünscht worden sei. In dem Bereich habe es Untersuchungen gegeben und Verkehrszählungen seien durchgeführt worden. Die Landesbehörde habe einen Antrag auf Förderung der Maßnahme und Aufnahme in das Bauförderprogramm gestellt. Die Anträge seien mittlerweile positiv beschieden worden. Eine Umsetzung sei für Ende 2021 bzw. für das Frühjahr 2022 geplant.

KA Hots dankt im Namen der CDU-Fraktion für den ausführlichen Bericht. Er weist auf erheblich ausgeprägte Schlaglöcher in Kreis- und Landesstraßen hin und fragt nach, ob die zur Verfügungen stehenden finanziellen Mittel für eine Sanierung der Schlaglöcher ausreichend seien.

EKR Kappelmann weist darauf hin, dass je 125.000,00 € für das Moorstreckenprogramm und für kleinere Einzelmaßnahmen für Verschleißdecken zur Verfügung stehen würden. Aufgrund des starken Frostes in den vergangenen Wochen seien erhebliche Straßenschäden zu verzeichnen. Die Schäden würden zurzeit von den Straßenmeistereien aufgenommen. Es sei nicht auszuschließen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen. Da der nächste Straßenbauausschuss erst in der nächsten Wahlperiode im November stattfinden werde und damit zu spät für Schadstellensanierungen noch in diesem Jahr, bittet EKR Kappelmann um ein Votum, eventuell erforderliche zusätzliche Mittelbereitstellungen direkt über den Kreisausschuss in den Kreistag geben zu dürfen.

Vors. Lamers stellt fest, dass die Mitglieder des Straßenbauausschusses einer ggf. erforderlichen Beschlussfassung über zusätzliche Mittel für das Verschleißdeckenprogramm direkt im Kreisausschuss und im Kreistag zustimmen.

KA Exner bedankt sich für die Nachricht, dass die Lichtsignalanlage in Friedrichsfehn L 828 Friedrichsfehner Straße, K 140 Dorfstraße, Alma-Rogge-Straße eingerichtet werden soll. Sie weist im Weiteren auf einen Antrag der Gemeinde Edeweicht hin. Die Gemeinde Edeweicht habe die Anlegung eines Bürgersteiges zur Nutzung auch für Radfahrer an der L 828 von der Straße Alte Weide bis zum Ortsausgang in Richtung Oldenburg gestellt. Hintergrund seien 13 Wohneinheiten an der Südseite der L 828, die nicht durch einen Rad- oder Fußweg erschlossen seien. Der Antrag sei dahingehend ausgerichtet, den dort vorhandenen Bürgersteig als Radweg nutzen zu dürfen. Sie hoffe auf eine positive Begleitung dieser Maßnahme durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 7 Verschleißdecken- und Moorstreckenerneuerungsprogramm 2021  
Vorlage: BV/011/2021**

KVR Meiners trägt den Sachverhalt vor und verweist zu den Einzelheiten auf die Vorlage.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Für das Programmjahr 2021 werden die folgenden Maßnahmen zur Durchführung beschlossen:

1. Erneuerung der K 136 (OD Metjendorf – inkl. Kreisverkehrsplatz)  
von km 3,500 bis km 4,000  
Kostenanschlag: 145.000,00 €
2. Erneuerung der K 121 (Godensholt - Apen)  
von km 0,000 bis km 2,700  
von km 4,000 bis km 4,112  
Kostenanschlag: 565.000,00 €
3. Sanierung einzelner Schadstellen auf verschiedenen Kreisstraßen  
Kostenanschlag: 125.000,00 €
4. Moorstreckensanierung auf verschiedenen Kreisstraßen  
Kostenanschlag: 125.000,00 €

**Zu TOP 8 Anlegung von Blühstreifen an klassifizierten Straßen  
Vorlage: BV/012/2021**

EKR Kappelmann trägt ausführlich den Sachverhalt vor. Er führt aus, dass die Anlegung von Blühstreifen bereits seit einigen Jahren diskutiert werde. Er erinnert daran, dass im Jahr 2019 von verschiedenen Naturschutzverbänden ein Antrag mit der Zielrichtung gestellt worden sei, die kommunale Grünflächenpflege ökologischer auszurichten. In der Folge habe es verschiedene Gespräche zwischen der Kreisverwaltung, den Naturschutzverbänden und verschiedenen Fachleuten gegeben. Unter anderem seien auch die Straßenmeistereien beteiligt gewesen. Er verweist zu den Einzelheiten auf einen Sachstandsbericht aus Juni 2020, der für den Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt erstellt worden sei und der sich u. a. mit der Anlegung von Blühstreifen an Radwegen und Randstreifen an Kreisstraßen befasst habe. Er weist darauf hin, dass unterschieden werden müsse zwischen dem direkten Randstreifen an den Kreisstraßen, der ca. einen Meter neben der Straße bzw. den Radwegen umfasse. An diesen Stellen sei aus Gründen der Verkehrssicherheit eine regelmäßige Mahd mit der Beseitigung des Mahdgutes notwendig. Der Mähdurchgang an Kreisstraßen und Radwegen könne durchaus sechs Wochen in Anspruch nehmen. Dadurch müsse der Beginn der Maßnahmen frühzeitig genug angesetzt werden. Die Kreisverwaltung sei der Ansicht, dass hier nicht von der bisherigen Verfahrensweise abgewichen werden sollte und dass weiterhin eine zwei- bis dreimalige Mahd pro Jahr vorgenommen werden müsse. In der vorliegenden Verwaltungsvorlage gehe es jedoch um andere Flächen. Es seien hierbei größere, zusammenhängende an Kreisstraßen und Radwege angrenzende Grundstücksflächen außerhalb

der direkten Randbereiche angesprochen. Hier werde vorgeschlagen, auf diesen Flächen, die bislang regelmäßig höchstens einmal pro Jahr gemäht werden, zusätzliche Blümmischungen auszubringen.

In der Folge habe es eine gemeinsame Reaktion der Naturschutzverbände BUND, NABU und der Naturschutzgemeinschaft Ammerland gegeben, die u. a. darauf hingewiesen hätten, dass die auf den Flächen stehenden heimischen Pflanzen für die heimischen Tiere und Insekten vollkommen ausreichend seien. Insoweit bestehe kein Bedarf an einer zusätzlichen Ansaat von Blühpflanzen. Darüber hinaus sei darauf hingewiesen worden, dass zur Ausmagerung der Flächen das einmal im Jahr anfallende Mähgut von der Fläche entfernt werden sollte, um zusätzliche Nährstofffrachten auf diesen Flächen zu vermeiden. Aufgrund verschiedener Reaktionen und Hinweisen auch aus der Mitte des Kreistages sei man zu dem Entschluss gekommen, die sechs für eine Ansaat mit Blühflächenmischungen zur Verfügung stehenden Flächen nunmehr differenziert zu betrachten und zu prüfen, wie sich die verschiedenen Vorgehensweisen auf den Zustand und auf die optische Wahrnehmung der Flächen auswirken würden.

EKR Kappelmann geht auf den von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlussvorschlag ein und führt aus, dass dieser wie folgt abgeändert werden könne: Er schlägt vor, bei den sechs zur Verfügung stehenden Flächen differenzierter vorzugehen und zwei Flächen mit einer Blühpflanzenmischung anzusäen, zwei Flächen wie bisher zu behandeln mit einer Mahd am Ende des Jahres, wobei das Mähgut liegen gelassen werde. Die restlichen zwei Flächen könnten wie von den Naturschutzverbänden vorgeschlagen im Bewuchs unverändert einmal jährlich gemäht werden, wobei das Mähgut abgefahren werde. Die Flächen sollen in der Folge regelmäßig überprüft und begutachtet werden. Dadurch könne eine Grundlage geschaffen werden, wie zukünftig mit ähnlichen Flächen umgegangen werden solle.

KA Roese führt aus, dass der ursprüngliche Vorschlag in der Fraktion B90/Die Grünen ausführlich besprochen worden sei. Seine Fraktion sei zu folgendem Beschlussvorschlag gekommen: „Auf geeigneten Flächen im Seitenbereich von Kreis- und Landesstraßen werden Blühstreifen im Interesse des Klima- und Artenschutzes durch eine reduzierte Mahd entwickelt. Auf anderen Standorten reicht eine Mahd im Spätsommer, auf nährstoffreichen Flächen kann eine zusätzliche Mahd im Juni vorgenommen werden. Das Mähgut sollte abgefahren werden. Eine Aussaat ist nicht nötig, da standortheimische Pflanzenarten gefördert werden sollen. Nach Möglichkeit sollten Balkenmäher verwendet werden“.

Er weist darauf hin, dass für seine Fraktion die Förderung der standortheimischen Pflanzen im Vordergrund stehe. Das Liegenlassen von Mähgut sei seiner Ansicht nach nicht besonders förderlich.

KA Bekaun führt aus, dass die SPD-Fraktion den modifizierten Vorschlag von EKR Kappelmann für vernünftig halte. Man könne tatsächlich einmal eine Vegetationsperiode mit drei verschiedenen Maßnahmen durchführen, um die Entwicklung der Flächen zu prüfen. Eine Bewertung sollte auf der Basis der Entwicklung und des ökologischen Aspektes erfolgen. Wichtig sei aber auch die Erkenntnis über die Kosten und die Auswirkungen auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz, gerade auch mit Blick auf das Abfahren und Deponieren des Mähgutes. Die SPD-Fraktion begrüße das probeweise Vorgehen mit den vorgestellten drei Varianten.



KA Hots schließt sich dem Wortbeitrag von KA Beka an. Die CDU-Fraktion halte den modifizierten Vorschlag der Verwaltung ebenfalls für sinnvoll. Das Ergebnis der drei Varianten müsse nach der Auswertung neu diskutiert werden. Das Abfahren des Mähgutes halte er für sehr aufwändig und die CO<sub>2</sub>-Bilanz müsse genau geklärt werden. Außer Frage stehe für die CDU-Fraktion, dass die Verkehrssicherheit zu jeder Zeit gewährleistet sein müsse.

EKR Kappelmann geht auf die Vorschläge von KA Roese und insbesondere auf den Abtransport des Mähgutes ein, der zu technischen Problemen führen könne. Ein automatisiertes Entfernen des Mähgutes z. B. durch Absaugen des Schnittgutes habe zur Folge, dass auch Insekten und Kleinstlebewesen mit abgesaugt würden. Im Zweifel müsse das Mähgut mit erheblichem Aufwand händisch von den Flächen entfernt werden. Ähnlich verhalte es sich bei der Art und Weise des Mähens. Die Straßenmeistereien würden Schlegelmäher verwenden. Balkenmäher hätten den Nachteil, dass automatisierte Arbeitsgänge nicht möglich seien und dass dadurch ein erheblicher personeller und zeitlicher Mehraufwand für die Straßenmeistereien entstehe. Nach Ermittlungen der Straßenmeistereien sei festgestellt worden, dass in ganz Niedersachsen nicht mit Balkenmähern gearbeitet werde.

KA Roese führt aus, dass der modifizierte Vorschlag der Verwaltung in der Fraktion noch nicht habe diskutiert werden können. Er halte es für wichtig und sinnvoll, die Naturschutzverbände in die Beratungen mit einzubeziehen.

LR Bensberg weist darauf hin, dass es bisher nicht Praxis des Straßenbauausschusses gewesen sei, dass die von der Verwaltung vorbereiteten Vorlagen vorab den Naturschutzverbänden zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Verwaltung bereite die Vorschläge fachlich vor. Eine Beteiligung von Verbänden müsse durch den Kreistag an die Verwaltung beauftragt werden.

KA Oeltjen führt aus, dass die probeweise Umsetzung für ein Jahr die Gelegenheit gebe, das Gespräch mit den Naturschutzverbänden zu führen und Informationen einzuholen. Bei der Ursprungsdiskussion habe die SPD-Fraktion ihrerseits bereits vorgetragen, dass man sich bewusst sei, dass Mehrkosten entstehen können, wenn ein ökologischerer Weg eingeschlagen werden solle. Über andere Mähmöglichkeiten müsse man sich erkundigen, wobei man die Kosten im Blick behalten müsse. Im Endeffekt stünden nicht die Kosten, sondern der ökologische Wert und der Sinn der Maßnahmen im Vordergrund.

LR Bensberg weist KA Roese darauf hin, dass eine Beratung in den Fraktionen sowie die weitergehende Einholung von Informationen noch bis zum Kreisausschuss am 10. März erfolgen könne. Sollte es Reaktionen von den Verbänden gegenüber der Kreisverwaltung geben, würden diese den Fraktionen bis zum Kreisausschuss weitergeleitet.

KA Kahle hält den von EKR Kappelmann vorgetragenen modifizierten Beschlussvorschlag für sinnvoll. Er gibt zu bedenken, dass auch das heimische Niederwild Berücksichtigung finden müsse, weil dieses die Flächen an den Straßen als Rückzugsflächen nutzen würde.

Vors. Lamers fasst den neuen Beschlussvorschlag wie folgt zusammen:

Auf geeigneten Flächen im Seitenbereich von Kreis- und Landesstraßen werden auf zwei Flächen Blühstreifen angelegt, zwei Flächen werden wie bisher bearbeitet und das Mähgut wird auf den Flächen liegen gelassen und auf zwei Flächen wird einmal im Jahr gemäht und das Mähgut wird jeweils abgefahren.

Dem Kreistag wird bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung mehrheitlich vorgeschlagen:

Auf geeigneten Flächen im Seitenbereich von Kreis- und Landesstraßen werden auf zwei Flächen Blühstreifen angelegt, zwei Flächen werden wie bisher bearbeitet und das Mähgut wird auf den Flächen liegen gelassen und auf zwei Flächen wird einmal im Jahr gemäht und das Mähgut wird jeweils abgefahren. Hierfür werden Haushaltsmittel in Höhe von 12.200,00 € außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt aus dem Budget des Straßenverkehrsamtes.

**Zu TOP 9 Grunderneuerung der K 114 von Tarbarg nach Halsbek; Vorbereitende Arbeiten**  
**Vorlage: BV/013/2021**

KAR Lehnert trägt den Sachverhalt vor und bezieht sich auf die Vorlage. Er weist darauf hin, dass die Beschlussfassung bereits in dieser Sitzung erforderlich sei, um verwaltungsseitig den notwendigen Förderantrag zum 15.09.2021 stellen zu können.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Die Grunderneuerung der K 114 (Tarbarg – Halsbek) für den Streckenabschnitt von km 16,200 bis km 18,700 wird vorbehaltlich der Förderfähigkeit nach dem Entflechtungsgesetz für das Jahresbauprogramm 2022 angemeldet. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 1.350.000 Euro sowie eine erste Förderrate in Höhe von 150.000 Euro werden in den Haushaltsplan 2022 eingestellt. Für die erforderlichen Vorermittlungen werden für das Haushaltsjahr 2021 insgesamt 17.000 Euro außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

**Zu TOP 10 Mitteilungen des Landrates**

- a) EKR Kappelmann teilt mit, dass ein Mitarbeiter der Kreisverwaltung bei der Ausübung seiner Tätigkeit als Messkontrolleur in der kommunalen Verkehrsüberwachung bei Wahrnehmung der Überwachung einer Messstelle in Wahnbeck in seinem VW-Bus beschossen worden sei. Der Kollege sei durch einen lauten Knall aufgeschreckt worden. Bei der polizeilichen Untersuchung habe sich herausgestellt, dass eine Stahlkugel die Seitenscheibe des Fahrzeuges durchschlagen habe, die vermutlich durch ein Kleinkalibergewehr oder mit einer Zwillie abgeschossen worden sei. Dem Mitarbeiter sei glücklicherweise nichts passiert. Die Polizei sei unverzüglich eingeschaltet worden, um die entsprechenden Ermittlungen aufzunehmen. Der Vorfall werde von der Kreisverwaltung mit Sorge betrachtet und es sei in keinem Fall akzeptabel, dass Kollegen bedroht oder körperlich angegriffen werden.

- b) KVR Meiners erinnert daran, dass in der letzten Sitzung des Straßenbauausschusses vorgetragen worden sei, dass eine weitere Stelle für einen Straßenbauingenieur geschaffen werden solle. In der Folge sei die Schaffung der Stelle vom Kreistag beschlossen worden. Die Ausschreibung sei nunmehr veröffentlicht worden. Die Ausschreibungsfrist ende am 6.März.

#### **Zu TOP 11 Anfragen und Hinweise**

- a) KA Oeltjen erinnert an die Beratungen zur Kreuzung Mittellinie, K 138 und Brüderstraße, K 139 in Petersfehn in Richtung Friedrichsfehn. In der Zwischenzeit seien dort bauliche Maßnahmen umgesetzt worden. Er fragt nach, wie sich das Unfallaufkommen entwickelt habe und ob die Maßnahmen zufriedenstellend seien oder weiterer Handlungsbedarf bestehe.

EKR Kappelmann antwortet, dass die Situation sich wie erhofft entwickelt habe. Es sei zu einer deutlichen Entspannung der Konfliktsituation gekommen. Weder über die Polizei noch über die Gemeinde seien Hinweise eingegangen, dass es weiterhin zu gefährlichen Situationen gekommen sei. Es sei für das Jahr 2022 beabsichtigt, die Fahrbahn der Ortsdurchfahrt in Petersfehn zu erneuern. Im Zuge dieser Baumaßnahmen solle der Einmündungsbereich dann ebenfalls endgültig beordnet werden.

- b) KA Oeltjen führt aus, dass im Bereich Ofen eine neue Kindertagesstätte geplant und gebaut werden solle. Er habe mehrere Anfragen zur Verkehrssituation in dem Bereich erhalten, insbesondere zur Temporeduzierung auf 30 km/h. Er fragt nach, ob eine Geschwindigkeitsreduzierung vor Kindergärten generell angeordnet werde und ob für Tempo 30-Zonen die Gemeinden zuständig seien.

KVR Meiners antwortet, dass seit einigen Jahren eine Regelung bestehe, die eine Geschwindigkeitsreduzierung u. a. vor Kindergärten, Schulen, Seniorenheimen und Krankenhäusern ermögliche. Dadurch könne innerhalb geschlossener Ortschaften auf Hauptverkehrs- und Vorfahrtsstraßen eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h angeordnet werden. Eine generelle Geschwindigkeitsreduzierung sei aber nicht vorgesehen. Es müsse immer der Einzelfall entschieden werden. Wenn sich z. B. die Zuwegung zur Einrichtung 50 m zurückgesetzt von der Straße befinde, sei fraglich, ob noch eine solche Gefahrensituation festgestellt werden könne, die der Gesetzgeber für eine Sonderregelung voraussetze.

KVR Meiners sagt eine Überprüfung der Gegebenheiten zu.

- c) KA Janßen geht auf Tagesordnungspunkt 7 ein und weist darauf hin, dass die Gemeinde Bad Zwischenahn die Ortsdurchfahrt in Petersfehn erneuern wolle. Er gehe davon aus, dass der Landkreis sich mit der Gemeinde abstimme, um zu vermeiden, dass die Arbeiten zur Erneuerung der OD Petersfehn nicht nach der Erneuerung der Fahrbahn durch das Verschleißdecken- und Moorstreckenerneuerungsprogramm erfolge.

EKR Kappelmann ergänzt, dass dem Landkreis diese Absicht der Gemeinde bekannt sei und die Erneuerung der Fahrbahn daher bereits verschoben worden sei.

- d) KA Janßen lobt die Online-Zuschaltung zu der Sitzung. Er weist darauf hin, dass die jeweils Vortragenden nicht zu sehen seien und bittet darum, diese zukünftig sichtbar zu machen.
- e) KA Hots führt aus, dass der Kreuzungsbereich in Linswege in Höhe Alpenrosenstraße L820 in Richtung Spohle und der K 105 in Richtung Varel bei Dunkelheit sehr schlecht einzusehen sei. Er fragt nach, ob es die Möglichkeit gebe, in dem Bereich eine Beleuchtung zu installieren.

KVR Meiners weist darauf hin, dass der Kreuzungsbereich sich außerhalb der Ortschaft Linswege befinde und die Installation einer Beleuchtung nicht vorgesehen sei. Für Beleuchtungen innerhalb von Ortschaften seien die Gemeinden bzw. die Stadt Westerstede zuständig.

KA Hots weist darauf hin, dass im Rahmen der Dorferneuerung die Bushaltestellen verlegt worden seien. In der Nähe der angesprochenen Kreuzung sei eine beleuchtete Bushaltestellen gewesen. Er fragt nach, ob die Einrichtung einer Beleuchtung grundsätzlich genehmigungsfähig sei, wenn ein anderer Kostenträger gefunden werde.

KVR Meiners antwortet, dass der Landkreis bei einem vorhandenen Beleuchtungskörper keine Maßnahmen ergreifen werde.

EKR Kappelmann ergänzt, dass in Absprache mit der Stadt Westerstede die Erstellung einer Beleuchtung seitens des Landkreises erlaubt werden würde. Es sei jedoch auch das Einverständnis der NLStBV als Straßenbaulastträger der Landesstraße erforderlich.

## **Zu TOP 12 Einwohnerfragestunde**

Frau Grube, Einwohnerin aus Westerstede und Mitglied des NABU, geht auf die Anlegung von Blühstreifen ein und bedankt sich für die Aufnahme des Themas in die Sitzungsberatung. Ein Mähen mit Balkenmähern und das Abfahren des Mähgutes halte sie für die sinnvollste Lösung. Weiterhin hält sie die vorgeschlagenen Varianten für die Testung verschiedener Möglichkeiten für die Anlegung von Blühstreifen für sehr sinnvoll. Sie fragt nach, wie die Testergebnisse dokumentiert werden sollen und wer die Überprüfung der Bereiche übernehmen werde. Sie bietet ihre Hilfe bei der Begutachtung der Bereiche an.

EKR Kappelmann bedankt sich bei Frau Grube für die Mitteilung, dass der Vorschlag zur Anlegung drei verschiedener Flächen auch von den Naturschutzverbänden für sinnvoll gehalten werde. Er teilt mit, dass mit der Überprüfung die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland beauftragt werde. Gemeinsam mit der Straßenmeisterei müsse dann überlegt werden, wie eine Dokumentation vorgenommen und die Entwicklung festgestellt werden können. Auf die fachliche Hilfe durch die Naturschutzverbände werde man bei Gelegenheit gerne zurückkommen.

**Zu TOP 13 Schließung der öffentlichen Sitzung**

Vors. Lamers schließt die öffentliche Sitzung.